

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerbagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Amtstellen angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Anwärter 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumann, in Leipzig: A. Neumann, in Hamburg: G. Engler, in Göttingen: A. Neumann, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Neudamm's Buchdruck.

Danziger



Zeitung.

Antliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allernachst geruht: Dem Oberstleutnant a. D. v. Langen den R. Kronenorden 3. Kl., dem Schullehrer Assenmacher zu Gertrich den Adler der 4. Kl. des R. Hausordens von Hohenzollern, und dem Schullehrer Junk zu Börsdorf das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Kammerjunker P. v. Brand zu Hermsdorf die Kammerherrnwürde zu verleihen; den Regierungsrath Brenning zu Magdeburg zum Ober-Regierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten, und den Oberpfarrer Päch in Königsberg N. M. zum Superintendenten der Diocese Königsberg N. M. I. zu ernennen; dem Secretair bei dem Universitäts-Gericht zu Berlin, Schleusener, den Charakter als Kanzleirath beizulegen, dem Ministerial-Kanzlisten M. Hebe zu Hannover den Charakter als Kanzleirath zu ertheilen, den als Kassirer bei der General-Kasse zu Hannover angestellten Ober-Commissarien Wieneke und Polch au, und den Kreis-Steuer-Einnehmern Martin in Torgau, v. Briesen in Gießen und Droz in Jüterburg, so wie den Steuer-Empfängern v. Schwander in Burscheid, Herges in Trier und Sauer in Arel den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 12 Uhr Mittags.

Berlin, 28. Novbr. In der heutigen Bundesraths-Sitzung wurde der Antrag Hessens vorgelegt, daß das gesammte Großherzogthum in Bezug auf die innern Steuern in Gemeinschaft mit dem Norddeutschen Bunde trete.

Paris, 28. Nov. Der „Moniteur“ meldet, daß die Concentrirung der französischen Truppen in Rom begonnen und die erste Division sich bereits am Mittwoch in Civita-Vecchia eingeschifft habe.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 27. Nov. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers stellte Hr. Pelletan an die Regierung die Frage, weshalb das dem gesetzgebenden Körper zugestellte Selbstbuch in Bezug auf die römische Frage keine Mittheilungen von Depeschen der italienischen und der römischen Regierung in Antwort auf die Depeschen der französischen Regierung enthält. Hr. Rouher beantwortete diese Frage dahin, daß die Regierung nur solche Depeschen mittheilen könne, von denen sie officiell Kenntniß erlangt habe. Es sei keine Mittheilung aus Florenz oder Rom in officieller Weise erfolgt, dieselben seien der Regierung sämmtlich mündlich gemacht worden. Hr. Garnier-Pagès drückt sein Erstaunen darüber aus, daß das Selbstbuch gar keine Depeschen in Bezug auf die deutschen Angelegenheiten, selbst nicht einmal über die Zusammenkunft in Salzburg, die Verhandlungen über Schleswig und die Luxemburger Frage enthalte. Hr. Rouher antwortete, daß die Zusammenkunft in Salzburg einzig und allein ein Versuch war, welcher nur ein Circular an die Vertreter Frankreichs im Auslande zur Folge hatte. Seit der letzten Session des gesetzgebenden Körpers sei keine Angelegenheit zwischen Frankreich und Deutschland verhandelt worden. Die Luxemburger Frage sei abgeschlossen, und was Schleswig betreffe, so überlasse die französische Regierung, ohne ihr Recht zu verleugnen, die Lösung dieser Frage einer Verständigung zwischen Preußen und Dänemark. Zwischen Preußen und Frankreich habe sich darüber keine Debatte erhoben. (T. B. f. N.)

Paris, 27. Nov. Gutem Vernehmen nach ist heute die telegraphische Ordre zur Einschiffung der Division Dumont nach Rom abgegangen.

Wien, 27. Nov. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kündigte der Finanzminister die demnächstige Vorlage eines Gesetzentwurfs über den Ausbau des nordwestböhmer Eisenbahnnetzes an. — Der Unterrichtsminister kündigte die Einführung des Turnunterrichts als obligaten Lehrgegenstandes in den Volks- und Mittelschulen an. (T. B. f. N.)

London, 27. Nov. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses verhielt die Regierung die Einbringung einer Bill, welche bestimmt, daß Hinrichtungen in Zukunft nicht mehr öffentlich sein sollen.

Aus Cairo vom gestrigen Tage wird telegraphirt, daß die Bewohner von mehr als 100 ägyptischen Dörfern den Engländern ihre Dienste angeboten haben. (W. T. B.)

Petersburg, 27. Nov. Das „Journal de St. Petersburg“ schreibt bezüglich der Konferenz: Die römische Regierung dürfe nicht hoffen, daß Europa sich begnügen werde, nur fromme Wünsche zu formuliren, oder daß es die Evidenz der Thatfachen so weit verkennen würde, um sich zur Herstellung der alten Grenzen des Kirchenstaats oder zur Aufrechterhaltung eines anomalen Zustandes herbeizusetzen. (W. T. B.)

Florenz, 26. Nov. Die päpstliche Regierung wird morgen weitere 800 gefangene Garibaldianer an die Königl. Behörden übergeben lassen. — „Razione“ glaubt es zu wissen, daß zu den bevorstehenden Finanzmaßnahmen eine Vorlage gehören werde, durch welche das Tabakmonopol aufgehoben werden soll. — Ital. Rente 51.35.

Rom, 27. Nov. Die beiden französischen Linien-Regimenter 19 und 59 sind heute in Civitavecchia an Bord der „Intrepide“ eingeschifft worden. Das 80. Regt. wird sich morgen einschiffen. Die ganze Division Dumont hat Befehl erhalten, sich nach Civitavecchia zu begeben, um nach Frankreich zurückzuführen. — Der Polizei-Director von Rom hat einen Befehl erlassen, demzufolge sich alle Ausländer, welche sich noch nicht vier Monate in Rom aufhalten, melden und die Veranlassung ihres Aufenthalts angeben sollen. Im Nichtbefolgungsfalle sollen dieselben an die Grenze gebracht werden. (T. B. f. N.)

Bukarest, 26. Novbr. Ein Ministerwechsel in liberalem Sinne ist erfolgt. Demeter Brătianu ist in das Ausland gefandt worden, um mit den resp. Regierungen über das Aufheben der fremden Consulargerichtsbarkeit Verhandlungen einzuleiten.

New York, 26. Nov. Der Proceß gegen Jefferson Davis ist bis zum März l. J. vertagt. (T. B. f. N.)

Landtagsverhandlungen.

7. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 27. Novbr.

Haus und Tribünen sind stark besetzt (Der Abg. Zweiten ist nicht anwesend.) Nachdem der Finanzminister einen Gesetzentwurf, betr. die Uebernahme der von den Elbherzogthümern an Dänemark zu entrichtenden Schuld, eingebracht hat, tritt das Haus in die Berathung des Lasler'schen Declarations-Antrages, welcher ein Gesetz zur Annahme vorträgt, nach welchem in Gemäßheit des Art. 84 der Verf. kein Abgeordneter wegen seinen im Hause gethanen Aeußerungen gerichtlich verfolgt werden darf. Hierzu sind folgende Amendements eingegangen: 1) von der freien conservativen Vereinigung auf Abänderung des Art. 84 der Verfassung im Sinne des Lasler'schen Antrages. Das Amendement will an die Stelle des jetzigen Art. 84 den entsprechenden Artikel der Nordd. Bundesverfassung setzen. 2) Folgender Antrag des Abg. v. Hoyerberg (Fortschrittspartei) auf motivirte Tagesordnung: „In Erwägung, daß der Art. 84 der Verfassungs-Urkunde einer Declaration nicht bedarf, derselbe vielmehr die Competenz der Staatsanwaltschaft und der Gerichte in Ansehung der Reden im Landtage völlig ausschließt; daß das Haus der Abgeordneten eine Verwahrung seines verfassungsmäßigen Rechts bereits am 10. Februar 1866 eingelegt hat; daß das Haus der Abgeordneten selbst dieses Recht in Zweifel stellt, wenn es die Initiative ergreift, um die in dem Strafenat des höchsten Gerichtshofes angenommene Auslegung des Art. 84 durch ein Gesetz auszuschließen, diese Initiative vielmehr der Staatsregierung zu überlassen ist — geht das Haus über den Antrag des Abg. Lasler zur Tagesordnung über.“

Nachdem Präsi. v. Fordenbed in Folge einer Frage des Abg. Heise, ob der Lasler'sche Antrag nicht geschäftsmäßig wie ein Antrag auf Verfassungsänderung zu behandeln sei, erklärt hat, daß er in Bezug darauf bei der Schlußberatung das Wort des Hauses einholen werde, spricht zunächst Abg. v. Bennigsen für den Lasler'schen Antrag, den er für zweckmäßiger hält, wie einen Protest in einer Resolution — denn diese würde wirkungslos bleiben wie die früheren Resolutionen — und auch zweckmäßiger wie ein Antrag auf Abänderung der Verfassung, weil darin möglicherweise das Zugeständniß gefunden werden könnte, daß man die Interpretation des Ober-Tribunals anerkenne. Redner weist alsdann darauf hin, daß die Nordd. Bundesverfassung die volle Redefreiheit garantire und daß es verwerflich wäre, den Conflict, der allein durch die Ereignisse des vorigen Jahres beseitigt werden konnte, von Neuem entbrennen zu lassen. „Wir, die Vertreter der neuen Provinzen — sagt Redner — sind zum ersten Male hier zusammengetreten, und die erste Begrüßung war die Verurtheilung eines der geehrtesten und verdienstlichsten Mitglieder dieses Hauses zu einer zweijährigen Gefängnißstrafe für eine Rede, die er vor 2½ Jahren in diesem Hause gehalten. Sollten derartige Vorgänge das freudige Gefühl und den Stolz, den die Abgg. der neuen Provinzen empfinden darüber, daß sie an der Gesetzgebung eines Großstaates mitwirken, nicht bis zu einem äußersten Maße herabdrücken? Welche Wirkung soll es haben, wenn Schwierigkeiten, die man längst überwunden glaubte, fortbauern in ihrer gefährlichsten Gestalt, in der Verfolgung gegen einzelne Abgeordnete? Welchen Eindruck sollen derartige Vorgänge machen auf das Ausland? Wir wissen, daß wir in die Lage kommen können, noch einmal mit allen Kräften unsere neue Stellung zu verteidigen. Dazu ist vor Allem nöthig, daß die Regierung sich in Uebereinstimmung befindet mit dem Lande und dessen Vertretung. Wir glauben mit Einbringung unseres Antrages eine Pflicht zu erfüllen; wir erwarten aber von der Majorität dieses Hauses und der Regierung, daß sie zusammen mit uns bereit ist, ein Aergerniß zu beseitigen, zu beseitigen eine neue Quelle zu Zerwürfissen des preuß. Staates (Beifall).“

Abg. Dr. Löwe: Zwischen den eindringlichen Worten des Vorredners, die seiner Stellung und seinem Herzen durchaus zur Ehre gereichen, und der Erörterung meines Standpunktes liegt eine Thatfache, die ich erst constatiren muß: die Anwesenheit des Hrn. Justizministers und sein Schweigen (Hört! Hört!), ein bereitetes Schweigen, so bereit, wie wir es jemals von dem Hrn. Justizminister gehört haben. (Heiterkeit und Beifall links.) Die Herren aus den neuen Provinzen hoffen und erwarten Vieles, wo wir sagen: Unter diesem Zustande der Dinge in Preußen ist das nicht möglich. Und auf der andern Seite halten jene Herren Vieles für unmöglich, wo wir sagen müßten: Es ist möglich, denn wir haben es durchgemacht. (Sehr wahr!) Wir bedauern es lebhaft, daß wir nicht für den eingebrachten Antrag stimmen können, denn er ist nutzlos. Wie die Regierung in die Hand der Verfassung eingeschlagen hat, das sehen Sie an dem Proceß, das hören Sie aus dem bereiten Schweigen des Justizministers. (Beifall.) Das Zwischenglied zur Geschichte dieses Streites ist die Verhandlung im andern Hause, wo der Hr. Ministerpräsident erklärte, daß er versuchen werde, eine andere Auslegung des Art. 84 herbeizuführen (Hört!), und daß auf Grund dieser Erklärung unter dem Beifall des andern Hauses jener Versuch gemacht worden ist (Hört!), dessen Resultat uns vorliegt. Meine Freunde sind gern bereit, Abhilfe zu schaffen, fern von formeller Principienreiterei, wenn wir nur irgendwie die Möglichkeit dazu fänden, das gebeugte Recht der Redefreiheit wiederherzustellen. Es handelt sich bei dieser Frage um die Heiligkeit der Verfassung und um die Aufrechterhaltung der notwendigen Würde dieser Versammlung, die ihre Pflicht nicht voll erfüllen kann, wenn sie etwas von dieser Würde einbüßt. (Beifall.) Wenn der Hr. Justizminister statt seines bereiten Schweigens (große Heiterkeit) erklärte: „Im Namen der R. Staatsregierung erkläre ich mich mit dem Antrag einverstanden und verspreche, daß die Regierung ihren ganzen Einfluß verwenden wird, um die Annahme desselben auch bei dem andern Hause durchzusetzen“, dann

würden wir sofort für diesen Antrag stimmen. Wenn die Regierung dem Lasler'schen Antrage nicht zustimmt, ist er nichts weiter als ein Protest, als eine Demonstration. Wir haben noch eine andere Möglichkeit, die Sache zur Entscheidung zu bringen — bei der Frage der Erhöhung der Civilisten. (Auf rechts: Aha!) Diese Forderung wird motivirt durch die Nothwendigkeit der Herstellung der erforderlichen Würde der Krone bei der neuen Gestaltung unserer Verhältnisse. Man mag über solche Dinge denken, wie man will; wenn wir einmal eine Verfassung mit einer Krone haben, muß auch die Krone würdig hingestellt werden. Dann müssen aber auch Sie, m. H. (zu den Conservativen), wenn wir einmal in einer Verfassung mit einer Volksvertretung leben, ob sie dies gern haben oder nicht, ist gleichgiltig — diesen Factor des Staatslebens mit der ihm notwendigen Würde bekleiden. Da können wir vielleicht einen Compromiß abschließen. Dort wird eine solche Demonstration auch viel weniger gefährlich sein, wie hier. Ich könnte noch einen besseren Weg eines Protestes vorschlagen: die Einbringung eines Gesetzes, wonach Alle bestraft werden, die ein Attentat gegen die Redefreiheit der Abgg. begehen, möge es ein Staatsanwalt sein, oder sonst wer. (Heiterkeit.) Auch dies wäre eine ungefährliche Demonstration. Die vorgeschlagene Declaration ist aber schädlich wegen ihrer Wirkung auf die öffentliche Meinung. Wenn jetzt auch die Declaration in diesem Hause angenommen wird, aber das Herrenhaus nicht beitrifft, oder die Krone nicht die Sanction erteilt, so können Sie nicht einen solchen Sturm der Entrüstung in der öffentlichen Meinung erregen, der beim Herrenhause die Annahme durchsetze. Das Herrenhaus hat schon so viel gethan, daß es ein gewisses Privilegium hat, daß die Entrüstung über dasselbe nicht mehr zu großer Höhe steigt. Sie machen aber dadurch die große Frage des öffentlichen Bewußtseins zu einer bloßen staatsrechtlichen Frage. Sie vergessen, was die öffentliche Meinung aufgeregt hat gegen den Beschluß des Obertribunals, nämlich die Verwunderung und Entrüstung darüber, wie es überhaupt möglich war, eine solche Interpretation zu geben: den Conflict mit dem öffentlichen Verstande, in den das Obertribunal sich dadurch gesetzt hat. (Lebhafter Beifall links.) Diesen Conflict beseitigen Sie durch Ihr Vorgehen, Sie machen die Sache nur zu einer juristischen. Wir haben aber das Interesse, die Frage der Aufrechterhaltung der Würde dieses Hauses auf der Höhe zu erhalten, auf die sie die öffentliche Meinung erhoben hat, auf dem Standpunkt des Rechts, der Freiheit und des gesunden Menschenverstandes. (Lebhafter Beifall links, Zwischen rechts.)

Justizminister Graf zur Lippe: Die R. Staatsregierung hat bisher noch keine Veranlassung gehabt, die Initiative zur Lösung der Frage zu ergreifen, ob das Haus der Abgg. wirklich das Privilegium habe, welches dasselbe, wie durch den Antrag Lasler behauptet wird, unzweifelhaft besitzen soll. — Der höchste Gerichtshof in Preußen kann sich wohl kaum in einen Conflict mit dem öffentlichen Verstande gesetzt haben, wenn die Versammlung in der Paulskirche die Frage, ob in die deutsche Verfassung zu setzen sei, die Abgg. können wegen ihrer Meinungen oder wegen ihrer Aeußerungen nicht verfolgt werden, nur mit der allergeringsten Majorität zu Gunsten der „Aeußerungen“ entschieden worden ist. Gerade weil 1848 in der Paulskirche diese Frage auf das Aeußerste ventilirt worden ist, weil angelehnte Rechtslehrer wie Mittermeier es mit der öffentlichen Moral für unverträglich gehalten haben, die Tribüne zu einer Freistätte zur Begehung von Injurien und Verleumdungen anderer Personen zu machen, gerade deshalb hat auch die preuß. Regierung bei der Revision den Antrag gestellt, in der Verfassung das einmal angenommene Wort „Aeußerungen“ in „Meinungen“ zu verändern. Man ist sich also dieses Unterschiedes 1848 vollkommen bewußt gewesen. In der Verfassung steht das Wort Meinung, die preuß. Regierung hat niemals die Ansicht vertreten, daß die Worte Meinungen und Aeußerungen identisch seien. Was die Literatur in Beziehung auf diese Auslegung zu Tage gefördert hat, ist bis jetzt in diesem Hause nicht benutzt worden. Ich will ein paar Worte darüber sagen. Die Frage der Stellung der Abgeordneten trat natürlich zuerst hervor, als im J. 1789 die assemblee nationale mit einer ganz besonderen Stellung versehen wurde. (Redner geht nun die verschiedenen Stadien der französischen Redefreiheit der Abgg. durch; die Verfassung von 1791 enthielt darüber die Bestimmung, daß „die Vertreter der Nation für das, was sie in Ausübung ihrer Function gesagt, geschrieben oder gethan hätten, nicht verfolgt werden könnten;“ die darauf folgende Verfassung erklärte nur die opinions der Abgg. für straffrei. (1795 wurde wieder die alte Fassung hergestellt.) Man unterschied also schon damals wesentlich zwischen Aeußerung und Meinung. Auch die preuß. Nationalversammlung war sich über diesen Unterschied klar; und die Regierung schlug den Passus vor: „weber für ihre Abstimmung in der Kammer noch für ihre darin ausgesprochenen Meinungen;“ die Nationalversammlung änderte den Passus in: „weber für ihre Abstimmung noch für die in ihrer Eigenschaft als Abgg. abgegebenen schriftlichen oder mündlichen Aeußerungen.“ Es ist wohl noch Niemandem eingefallen, zu sagen, daß die beiden Worte Meinungen und Aeußerungen vollständig identisch seien, am allerwenigsten aber der preuß. Regierung. Die Auslegung des Obertribunals ist daher weder eine neue, noch offenbar falsche. Es möchte sich daher wohl empfehlen, lebensschmerzlos diese Thatfache anzunehmen und leidenschaftlos in Erwägung zu ziehen, ob es sich empfiehlt, die Privilegien des Hauses auszudehnen. Es ist der Regierung zum Vorwurf gemacht worden, daß sie in der gebührenden Gestalt die Verfolgung einzelner Abgeordneten begonnen habe. Das hängt aber damit zusammen, daß sie nicht auf dem tatsächlichen Gebiete den Conflict erhoben hat, sondern daß es sich um Prinzipien handelt. Es kann der Regierung nicht einfallen, durch eine gerichtliche Verfolgung irgend Jemand Uebles zufügen zu wollen, davon fühlt

sich die Regierung frei (Heiterkeit links). Ihr kommt es darauf an, das Princip festzustellen, deswegen hat sie dem Gange der Untersuchung bis in die höchsten Instanzen hinauf ein Halt nicht geboten, sondern sie glaubt ruhig abwarten zu können, was der höchste Gerichtshof in letzter Instanz aussprechen wird. Dann wird erst die Frage nach anderen Maßregeln sein. Sie können überzeugt sein, daß die Regierung nichts thun wird, was irgendwie den Anschein haben könnte, als ob sie nicht aufrichtig bemüht wäre, den Conflict zu beenden. (Beifall rechts.)

Abg. v. Unruh citirt dem Hrn. Justizminister die Aeußerungen des conservativen Zachariae, der das Urtheil des Obertribunals als ein nicht juristisches bezeichnet. Wenn in England sich ein Minister unterstellen sollte, etwas Aehnliches zu thun, so würden alle Parteien des Hauses zusammenstehen, ihn vor die Schranken des Hauses fordern, festnehmen und in den Kellern des Parlamentsgebäudes seine That büßen lassen. Wir befinden uns jetzt in einer ähnlichen Lage wie die Presse. Dieselbe soll nach den Bestimmungen der Verfassung auch frei sein, und dabei sind die Grenzen des Erlaubten und Unerlaubten so verwischt, daß selbst gewiegte Juristen oft nicht wissen, ob ein Artikel die Möglichkeit einer Verfolgung und Verurtheilung darthut oder nicht. Derartige Zustände waren uns selbst 1848 und 1850 fremd, und selbst Juristen zweifeln, ob meine damalige Broschüre heute unbeanstandet bliebe. Aehnlichen Verhältnissen würden wir durch Aufrechterhaltung des Obertribunalsbeschlusses entgegen gehen. Das Ignoriren der tatsächlichen Verhältnisse, wie es in den Motiven des Antrages auf Tagesordnung enthalten ist, erinnert mich an eine philosophische Schule, welche die Welt als nur in der menschlichen Vorstellung existirend betrachtet. Wenn ein Anhänger derselben aber mit dem Kopfe gegen ein Möbel stößt, so macht er sicher in Zukunft den Versuch, es zu vermeiden; etwas Anderes bezweckt unser Antrag auch nicht, wir wollen aus diesem unhaltbaren Zustande herauskommen, und das Abgeordnetenhaus dem Reichstage gegenüber nicht degradiren lassen. Wir wollen keinen unruhigen Protest, wir wünschen, daß unser Antrag zum Gesetz erhoben werde. Wenn dies an dem Widerstande der Regierung scheitern sollte, so wollen wir wenigstens vor dem Volke constatiren, wer es ist, der die Hand der Verhöhnung zurückweist.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Wenn ich hier das Wort ergreife, so spreche ich nur meine persönliche Ueberzeugung, nicht die der R. Regierung aus. Ich kann meinerseits dieser Frage eine so hervorragende praktische Bedeutung nicht beilegen. Ich habe das bei den Verhandlungen im Reichstage auch bethätigt, indem ich dort im Widerspruch mit meiner Ueberzeugung den betreffenden Artikel nicht bekämpft habe. Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß wir selbst dasjenige Maß von Ueberschreitung einer ruhigen objectiven Erörterung, wie es hier stattgefunden hat, ohne Schaden ertragen können. Wenn Schaden angerichtet ist, so war es dadurch, daß Alles, was hier gesagt ist, auch gedruckt werden kann. Theoretisch gelingt es mir nicht, die Frage mit derselben Kaltblütigkeit aufzufassen wie praktisch. Ich habe meine Ueberzeugung dem Zustandekommen der Bundes-Verfassung geopfert, ich hätte vielleicht noch schwerere Opfer gebracht, ehe ich das Zustandekommen dieses Werkes aufgegeben hätte (hört! links) — aber doch nur solche, welche den inneren Bestand desselben nicht gefährdet hätten; ich möchte das „hört!“ was ich eben gehört, nicht auf solche Cabinetsfragen sich beziehen lassen. Dagegen vom theoretischen Standpunkte, vom Standpunkte meines eigenen Gefühles von Recht und individueller Würde ist mir dies Opfer nicht leicht gewesen. Ich kann nicht anders sagen, freilich nicht ganz objectiv: wenn man drei Jahre lang hier den Angriffen ausgesetzt gewesen ist, wie ich es gewesen bin, Angriffen, deren Gerechtigkeit ich nicht immer erkennen konnte, dann fragte man sich: habe ich keine rechtliche Abhilfe gegen dergleichen? Gehen Sie zurück auf jene Zeit; wie entstand denn der Conflict? Durch ein Uebermaß der Benutzung der Redefreiheit. Erinnern Sie sich an die einzelnen persönlichen Scenen, die hier vorgekommen sind, wie dies Ministerium jedes Mittel der Retorsion ergriff sich zu decken, wie wir schließlich genöthigt waren, in corpore zu erklären, wir würden nicht mehr hier erscheinen, wenn der Ton im Hause sich nicht änderte, wenn wir keinen Beistand an dem Präsidenten fänden. Solche Uebertreibungen strafen sich immer von selber, nicht an dem, der sie begeht, sondern an dem constitutionellen Leben des Staates, in dem sie vorkommen. M. H.! Es kämpfen Fleisch und Blut auf beiden Seiten, und keine menschliche Natur, es sei denn, daß sie niedrig, feig und überzeugungslos sei, verträgt dergleichen auf die Länge. So kam es, daß wir schließlich auch das Mittel der Verfassungsveränderung versuchten, um unseren Willen zu documentiren. Das Einbringen einer solchen zeigt Ihnen, daß die Rechtsfrage, die auch heute noch zu bitteren Urtheilen geführt hat, von mir für eine sehr zweifelhafte gehalten ist, daß auch im andern Hause die Majorität zweifelhaft war, und daß ich dann erst sagte, gut, laßt uns ausprobiren nach dem Maßstabe eines Processes, wie vor den Gerichten der Rechtszustand aufgefakt wird. Das ist geschehen und ich gehe hier auf die Frage nicht weiter ein, ob es nicht richtig gewesen wäre, nach Allem, was inzwischen vorgegangen ist, der Frage nicht ganz auf den Grund zu gehen, sondern sie ruhen zu lassen. (Bravo!) Es handelt sich jetzt darum, wie kommen wir aus dieser Spannung heraus oder besser, wie kommen wir in diese Spannung nicht hinein? Daß der jetzige Zustand, wie er nach dem Erkenntnis des Obertribunals sich darstellt, ein unwillkürlicher sei, kann ich gerade nicht zugehen. Wenn ich mich überzeugen könnte, daß der Zustand, in welchem von 400 meiner Mitbürger jeder Einzelne berechtigt ist, mich zu beschimpfen, und daß ich kein gesetzliches Mittel dagegen ergreifen kann, so lange wir einen so nachsichtigen Präsidenten haben, wie wir ihn hatten, daß dieser Zustand für uns ein würdiger wäre, dann wäre die Frage sehr bald erledigt. Ich möchte der Erwägung anheimgeben, ohne daß ich das Urtheil der R. Regierung ausspreche, ich bin dazu in diesem Augenblicke nicht ermächtigt, ob denn nicht in dieser Frage die zwei Seiten der Redefreiheit, die im Saale und die in der Presse, sich scheiden lassen. Ich kann mir unter Umständen gefallen lassen, daß Jemand in der Uebereilung, in politischer Leidenschaft, von der ganz frei zu sein nicht immer eine öffentliche Tugend ist, ein Wort über die Schnur haut, daß er vielleicht zu hartnäckig ist, um mir eine Erklärung darüber zu geben. Es ist das kein Unglück, es ist etwas Vorübergehendes, das Wort verweht, auch wenn es 400 gehört haben. Es nimmt aber einen ganz anderen Charakter an, wenn dies Wort, über dessen beleidigenden Charakter Niemand einen Zweifel haben kann, in Tausend und Millionen Exemplaren gedruckt werden kann, jeder Zeit, bis in alle Ewigkeit, und ich bin jedem unwürdigen Winkelschreiber gegenüber, der es für gut findet, mir das Wort wieder unter die

Nase zu reiben, eben so wehrlos, wie ich mich hier auf der Tribüne befinde, wo ich doch weiß, wofür ich mich opfere, für das ganze constitutionelle Staatsleben. Die im Druck fortgesetzte Beleidigung kann ich nicht ganz als ohne praktischen Nachtheil auffassen. Im Reichstage habe ich auf diese Meinung nicht bestanden, weil sie nicht geheilt wurde, aber ich möchte Ihnen empfehlen, ob sich nicht ein Auskunfts-mittel in der von mir angeordneten Richtung finden läßt. Ich schlage Ihnen das vor als Jemand, der, wenn auch nicht in dieser Frage ganz objectiv, doch mit Ihnen das gleiche Interesse hat, unser constitutionelles Leben von allen den Reibungen zu befreien, die nicht nothwendig in der Sache liegen, sondern die durch menschliche Erregung von Außen dazu angethan werden, daß die objective Haltung verloren geht. Sollten wir uns darüber verständigen, so würde ich mich aufrichtig darüber freuen, und würde auch meinen Einfluß als Mitglied des anderen Hauses gern dazu verwenden wollen, während für die nackte Umkehr dessen, was wir früher gewollt, für die nackte Herstellung dessen, was wir früher bekämpft haben, ich persönlich wenigstens außer Stande sein würde einzutreten. Selbst wenn ich kleinlich genug wäre, es für Recht zu halten, den Zustand so wieder herzustellen, wie er hier erstrebt worden ist, einen Zustand, wie er meines Wissens auch in andern Ländern, auch in England nicht besteht, so ist es doch meinem Gefühl der Gleichheit vor dem Gesetze gegenüber, von dem ich annehmen muß, daß es in mir stärker ausgebildet ist als in anderen, widerstrebend, daß ich nicht berechtigt sein soll, wenn ich mich in meiner Ehre verletzt fühle, mir dafür Recht zu verschaffen, auch dann nicht berechtigt sein soll, wenn dies bei fortgesetztem bösen Willen und mit kaltem Blute in der Presse geschieht.

Abg. Wähler für den Kaiser'schen Antrag. (Redner ist auf der Journalistentribüne fast durchaus unverständlich.)

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Es ist nothwendig, daß wir aus der Sachgasse, in der wir uns befinden, herauskommen, und dies können wir nur durch die Annahme der Kaiser'schen Anträge. Die von anderer Seite vorgeschlagene Tagesordnung widerspricht sich in ihren Motiven selbst, da Al. 1 erklärt, der Art. 84 bedürfe keiner Interpretation, während No. 2 ausspricht, daß die Interpretation bereits gegeben sei. Am meisten hat das 3. Motiv für sich. Es würde die Sache allerdings sehr erleichtert haben, wenn die Regierung die Initiative in dieser Frage ergriffen hätte. Warum sie dies nicht gethan, ist mir unverständlich. Zu verlangen, daß wir in der Zwischenzeit untätig abwarten sollen, das ist kein patriotischer Standpunkt, darunter leidet die Würde dieses Hauses, obwohl wir der Regierung gegenüber eine gewisse Schadensfrenze nicht bergen können. Die motivirte Tagesordnung ist nichts als ein alter, lahmer Protest, gewürzt mit ungerechtfertigten Attacken gegen das andere Haus, welches wir besser für unsere Ansichten zu gewinnen suchen. Was die materielle Seite der Frage betrifft, so begreife ich nicht, wie die Minister, welche selbst nicht vor den Kreisrichter gestellt werden können, für sich das Privilegium in Anspruch nehmen, Mitglieder dieses Hauses vor den Stadtrichter zu bringen. Wenn man uns als Argumente dafür einige Blätter aus der blutigen, mit Roth befleckten Geschichte der letzten Zeit der franz. Revolution vorführt, wo man ebenso mit Gesetzesparagrafen wie mit Köpfen spielte, so bemerke ich, daß wir die Gründe für unsere Interpretation dem verwandten germanischen Stamm entlehnen. Zu einer Unterscheidung zwischen Aeußerungen und Meinungen, wie ihn das Obertribunal macht, gehört der feine Verstand, der den Sperlingen die Augen ausschließt. Blicken Sie auf das Beispiel in England hin. Keine fremde Hand darf dort sich in Angelegenheiten des Hauses mischen, Niemand Aehnliches wagen, oder der Sprecher würde ihm den Häcker des Hauses schicken, um ihn in den Tower zu werfen. Selbst die Königin, die den Namen der jungfräulichen führt, und sich sonst vor Gewaltschritten nicht schente, wagte es zwar, ein Parlamentsmitglied verhaften zu lassen, nicht aber dasselbe den Schranken des Hauses zu entziehen. Was die Presse betrifft, so kann es wohl wünschenswerth erscheinen, Ausdrücke, wie wir sie im Reichstage gehört haben, nicht durch den Druck durch das ganze Land verbreiten zu lassen und für solchen Fall müßte das Haus das Recht haben, entweder durch eigenen Beschluß, oder durch Ordre des Präsidenten, oder Anordnung einer dazu eingesetzten Commission solche Ausdrücke von der Presse auszuschließen; die Verurtheilung aber dem Gerichte zur Remede überweisen, hieße Nichts anderes als eine Arznei anwenden, die schlimmer ist, als die Krankheit selbst. Es ist das weniger eine juristische als politische Frage und hätte das Ministerium einen richtigen politischen Instinkt befehlen, so würde es sich gehütet haben, einen Process einzuleiten, zu dessen Erfolg es sagen muß, o weh! ich habe gewonnen. Es läßt sich Nichts dagegen sagen, wenn die Regierung in ihrer damaligen verzweifelten Lage auch nach diesem Strohhalme griff, jetzt aber die Sache immer weiter verfolgen, d. h. den schürstigen Miston aus dem Conflict gleichsam wie eine Birne für den Durs aufbewahren. Ueber die Beurtheilung, die dieses Verhalten im Auslande fadet, soll sich die Regierung keinen Illusionen hingeben. In England und Italien, wo man es gut mit uns meint, finden wir Mitleiden, in Frankreich Stannen darüber, daß wir so weit hinter den Franzosen selbst zurück sind, in Oesterreich Spott und Hohn, und in der süddeutschen Presse und den Blättern, die mit ihr in dasselbe Horn stoßen, mit wenig Witz und viel Schaden das Thema variirt: „Seht wir Wilde sind doch bessere Menschen.“ Wer sich darüber nicht ärgert, der hat kein preussisches, kein deutsches Herz. In den neuen Provinzen wartet man auf die Segnungen des Großstaates, durch solche Maßregeln werden sie sicher nicht gewonnen. An alle diese Folgen haben die Richter bei ihrem Urtheilsprüche nicht gedacht, denn der Richter ist kein Mann der Politik, darum aber soll man politische Fragen nicht dem Richter vorlegen. Wir hatten das Unrecht gethan, die Schranken, die der Einigung unseres Vaterlandes entgegenstanden, zu beseitigen; drei Stadtrichter richteten sie wieder auf. (Leb. Beifall, auf einer Zuhörer-Tribüne wird applaudirt. Der Präsident erklärt, dieselbe im Wiederholungs-falle räumen zu lassen.)

Abg. Koch spricht gegen alle Anträge und verteidigt die Interpretation des Obertribunals. „Die Redefreiheit dürfe nicht in Redefrechheit ausarten.“ (Große Unruhe und Widerspruch links.)

Abg. Graf Henard erklärt, daß er bei dieser Frage mehrfach der Auffassung seiner Freunde von der conservativen Partei nicht beitreten könne. Ich bin — sagt er — der Ansicht, daß die Redefreiheit der Abg. durch den gegenwärtigen Wortlaut des Art. 84 der Verfassung unter allen Umständen geschützt ist. Eine Trennung der beiden Kaiser'schen Anträge ist deshalb für mich logisch unmöglich. Ein Antrag auf Niederschlagung der Untersuchung, wie ihn Abg.

Kasler eingebracht, beeinträchtigt keinesweges das Begnabigungsrecht der Krone. Selbst wenn zur Zeit des Conflicts, was nicht geleugnet werden kann, die Redefreiheit theilweise gemißbraucht worden ist, so können solche Ausnahmefälle keinen Grund für eine Beschränkung derselben abgeben. Dies geschah zur Zeit des Conflicts, durch Ertheilung der Indemnität ist dem Ministerium ein Vertrauensvotum gegeben worden; darauf hätte es nicht mit einer Verfolgung der Abgeordneten antworten sollen. (Beifall.) Der vom Justizminister so eben gehörte Vorwand, daß die Regierung nicht berechtigt gewesen, in den Gang der Justiz einzugreifen, ist nicht stichhaltig; denn das Anlagemonopol der Staatsanwaltschaft legt die Einleitung und Fortführung einer Untersuchung faktisch in die Hände des Justizministers. Ein zweiter Moses klopfte der Herr Justizminister an den Felsen und siehe da, als er zum dritten Male daran schlug, sprudelte aus dürrer Gestein die Quelle der Weisheit (Heiterkeit). Für die Motive des bekannten Beschlusses entgeht mir als Laien das Verständniß; die Wirkungen desselben sind aber jedenfalls herzlich schlechte. Vergebens fragt man sich, welches Motiv die Staatsregierung wohl bestimmt haben kann, dem Reichstage die Redefreiheit zu gewähren, sie aber dem Landtage vorzuenthalten? Das ist weder politisch, noch im Interesse der Autorität. Die geheimen directen Wahlen geben doch sicher keine besseren Garantien für den stets angemessenen Gebrauch der Redefreiheit, als die Censurwahlen; das beweisen die Reden des Abg. Liebschütz (Heiterkeit). Oder soll vielleicht die Diktatorlosigkeit die Gewähr dafür geben, daß stets würdiger, objectiver geredet werden wird, und selbst wenn dies der Fall wäre, wird denn durch drei Thaler Diäten ein Mann aus dem Reichstage zum reisenden Wolf im Abgeordnetenhaus (große Heiterkeit)? — Sollte eine starke Regierung, wie die preussische, nicht eine schonungslose Kritik ab und zu vertragen können, wie ungemein stark stände dann der Hr. Bundeskanzler da, der ganz allein dem Norddeutschen Reichstage gegenüber steht, ohne Hilfe und Rath bei seinen Kollegen suchen zu können; ihn aber haben wir bisher noch nicht zittern sehen, obwohl er eine achtfache Verantwortlichkeit trägt. Es ist eine conservative Pflicht, die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung ebenso trenn und standhaft zu wahren, wie die Rechte der Krone. Man hat der conservativen Partei vorgeworfen, daß sie aus Eigennutz oder Selbstsucht sich immer von den ministeriellen Einwirkungen leiten lasse. Ich weise diese Verdächtigung zurück; fordere aber die conservative Partei auf, nun darzutun, daß sie insgesamt auf dem Boden der Verfassung steht und nicht fähig ist, ein kostbares Recht der Volksvertretung aufzugeben, mit mir für den Antrag Kasler zu stimmen. Wir stehen hier am Scheidewege, und ich rufe den Herren von der Rechten zu: „Hic Rhodus, hic salta!“ (Beifall.)

Abg. Guérard (für den Antrag der Freiconservativen): Ein Gesetz soll und darf nur vom Richter interpretirt werden, und wenn das Gericht gesprochen hat, so ist man diesem Aussprache Achtung schuldig. Ob die Entscheidung des Obertribunals der Majorität des Hauses richtig erscheint oder nicht, ist dabei gleichgültig. Der Antrag Kasler, der eine dieser Entscheidungen entgegenstehende Declaration des Art. 84 bezweckt, ist deshalb nicht zulässig. Im Uebrigen wünsche aber auch ich die Redefreiheit und will sie daher im Wege der Verfassungsänderung. Und ich appellire hierbei an das Gerechtigkeitsgefühl des Hrn. Justizministers (großes Gelächter im ganzen Hause); m. H., ich bin der Ueberzeugung, daß der Hr. Justizminister überall bemüht gewesen ist, unparteiische Gerechtigkeit zu üben (Beifall rechts; erneute Heiterkeit und Gelächter links); also ich erwarte vom Hrn. Justizminister, daß er, um die Gleichmäßigkeit mit den Bestimmungen der Reichs-Verfassung herbeizuführen, die Zustimmung zu unserem Antrage geben wird.

Abg. Waldeck ist für motivirte Tagesordnung, wenn gleich auch er mit dem materiellen Inhalt des Kaiser'schen Antrages einverstanden ist. Ich bin — sagt Redner — selbst Mitglied des höchsten Gerichtshofes, und so sehr ich schon deshalb wünschen muß, die Würde des höchsten Gerichtshofes in Kraft erhalten zu sehen, bin ich doch der Meinung, daß es das erste Erforderniß der Würde des Gerichtshofes ist, daß er mit seinem Urtheile in den Grenzen bleibt, die ihm durch das Gesetz gesteckt sind; so wie er dies nicht thut, ist er nicht zu seinem Urtheil berechtigt. Das haben wir früher in einem Protest ausgeprochen, und das war der einzige Standpunkt, den wir mit Rücksicht auf die Würde des Hauses einnehmen konnten. Wenn nun der Hr. Ministerpräsident heute gesagt hat, wegen der vielen Ausschreitungen, die sich die Redner im Abgeordnetenhaus erlaubt hätten, hätte sich die Regierung zu jenem Schritte genöthigt gesehen, so ist diese Behauptung nicht wahr. (Murren rechts.) Es mögen einzelne Ausschreitungen im Conflicte vorgekommen sein; die Abgeordneten waren aber dabei nicht der angreifende, sondern der angegriffene Theil; und man muß berücksichtigen, daß die vom Ministerisch begangenen Ausschreitungen nur erwidert sind, und daß gerade bei dem Fall, den der Hr. Ministerpräsident im Auge hat, die Frage zur Sprache kam, ob ein Minister wegen seiner Aeußerungen hier zur Ordnung gerufen werden könne, was von jener Seite bestritten wurde. Redner widerlegt darauf die vom Justizminister ausgesprochene Ansicht mit dem Hinweis auf die Intentionen der Verfassungs-Commission, deren Vorsitzender er gewesen. Der Wortlaut des jetzigen Art. 84 sei durch eine Uebersetzung des betr. belgischen Verfassungsparagraphen entstanden. Das Wort „opinion“, was im Französischen auch „Rede“ bedeute, habe man mit „Meinung“ überfetzt. Wir haben eben vom Justizminister gehört, daß er durchaus auf seinem früheren Standpunkte stehen bleibt; zu einem neuen Versuch eines bloßen Protestes ohne Aussicht auf Erfolg haben wir deshalb keine Veranlassung. Es ist der einzig richtige Weg der, daß die Regierung sich endlich auf den verfassungsmäßigen Standpunkt stelle und überhaupt keine Verfolgung wegen Reden, die im Abgeordnetenhaus gehalten sind, eintreten lasse. (Beifall links.)

Abg. Kasler geht auf die früheren, zahlreichen aber vergeblichen Versuche, den Sinn des Artikels 84 zu erschüttern, ein. Das Obertribunal habe nach 8 freisprechenden Urtheilen der Gerichte den Art. 84 anders interpretirt. Aber sind denn neben ihm die tausende von Richtern nicht und muß nicht in einem so wichtigen Fall die Jurisdiction des Landes gefragt werden? Die Gerichte hatten gesprochen, aber während wir im Land- und Reichstage unseren schweren Arbeiten oblagen, hat der Hr. Justizminister, der bei dem Reichstage nicht beschäftigt war, seine freie Zeit dazu benützt, die Oberstaatsanwaltschaft zur Nichtigkeitsbeschwerde gegen die freisprechenden Urtheile zweier Instanzen zu instruiren. Im Nord. Reichstage, in dem sich die glänzenden Talente der conservativen Partei dieses und des Herrenhauses befanden, hatten sie kein Wort gegen die unbefräßte Redefreiheit, und das Verdict des deutschen Volkes beschul-

bigt alle die der Fälschung der Wahrheit, die jene Freiheit bekämpfen. Redner erklärt sich gegen den Compromiß, der Presse Bügel anlegen zu wollen, die ihren dornenvollen Weg so oft auf räthselhafte Weise zu beschreiten verfiel. Ferner weist er darauf hin, daß das Erkenntniß des Ober-Tribunals die Auslegung des Art. 84 zweifelhaft lasse und dennoch zu Ungunsten des Angeklagten deducire. Schließlich vertheidigt Redner seinen Antrag auf Declaration, der der einzige sei, der zum Ziel wenigstens führen könne, und be- dauert, daß die Fortschrittspartei lediglich aus taktischen Grün- den dagegen sei.

Nachdem noch der Abg. Reichensperger den Pasker'schen Antrag bekräftigt, wird der Antrag der Freiconservativen und der Antrag Gerverbes abgelehnt und der Pasker'sche An- trag mit 181 gegen 160 Stimmen angenommen. (Daß für Stim- men die National-Liberalen, das linke Centrum, die katholische Fraction, die Particularisten, die Polen, die Antiliberalen und die Freiconservativen; dagegen die Fortschrittspartei und die Conservativen.) — Nächste Sitzung morgen.

[Bei der Nachwahl in Summersbach-Waldbröl (für Hr. Schwerin) ist Dr. Faucher gewählt.

Berlin, 27. Nov. [Conferenz.] Die Chancen für die Conferenz sind besser geworden. England und Preußen ha- ben zugesagt, ebenso Italien. Ein Programm wird von Frank- reich nicht vorher aufgestellt werden, es zieht, wie die „Kreuz- Ztg.“ schreibt, seine Truppen aus Italien zurück, sobald die Conferenz feststeht. Es wird jetzt über Ort und Zeit verhan- delt. Nicht unmöglich ist es, daß die Conferenz in Köln stattfinden wird.

Man telegraphirt der „R. Z.“ aus Berlin: Man versichert, Italien verlange noch immer, daß Frankreich vor Eröffnung der Conferenz seine Truppen vom römischen Ge- biete gänzlich zurückziehe und werde in diesem Verlangen von England unterstützt.

[Für Freigebung der Advocatur.] Der Bun- desrath hat sich dieser Tage mit der Frage der freien Advoca- tur beschäftigt, und wie die „B. V.-Z.“ hört, hat sich der- selbe zu Gunsten derselben entschieden.

München, 27. Nov. Die Regierung hat der Abgeord- netenkammer einen Gesetzentwurf über die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofs vorgelegt. (Z. B. f. N.)

Hamburg, 27. Novbr. Laut Kabeltelegramm aus New-York vom heutigen Tage ist der Postvertrag zwischen der Postverwaltung der Vereinigten Staaten und der hiesigen Hamburg-Amerikanischen Packetfabriktionsgesellschaft daselbst gestern vollzogen worden. Nach dem Vertrage werden die Dampfer der genannten Gesellschaft vom 1. Januar ab jeden Dienstag die amerikanische Post nach Europa überführen. Im Anschluß an diese Meldung vernimmt die hiesige „Börse“, daß gegenwärtig in Berlin Verhandlungen stattfin- den, welche die Beförderung der deutschen Post nach Amerika. Die „Börse“ fügt hinzu, daß schon in den nächsten Tagen der Ab- schluß des hierauf bezüglichen Vertrages mit der mehrgedachten Ge- sellschaft in sicherer Aussicht stehe. (B. Z. B.)

Stuttgart, 27. Nov. Die Subscriptionen für das zur Ver- gründung einer württembergischen Hypothekenbank nöthige Capital sind geschlossen worden, da bereits gestern der ganze Betrag gezeich- net war. (B. Z. B.)

Oesterreich. Wien, 27. Novbr. (Tel. d. „S. N.“) England hat sich jetzt zur Beschickung der Conferenz bereit erklärt.

Wien, 26. Novbr. [Prozeß gegen einen Geist- lichen.] Am 21. d. ist vor dem Kreisgericht in Olmütz der Prozeß gegen den erzbischöflichen Consistorial-Kanzleibirector Pater Heidenreich verhandelt worden. Der Gegenstand der Anklage war eine Druckschrift, welche Pater Heidenreich in der Slawig'schen Buchdruckerei am 3. oder 4. October drucken ließ, und die er an die Dekanaten der Olmützer Erzbischöfe richtete. In derselben mecht der Verfasser die Dekanaten aufmerksam, daß hinter dem Sturme, welcher von den Frei- mauerern, Juden und glaubenslosen Christen jetzt gegen das Concordat erhoben wird, sich ein Angriff auf die katholische Kirche und den Glauben verberge, und daß darum die Hüter des katholischen Glaubens gleich ihren Brüdern in Frankreich zc. für das Concordat aufzutreten und zunächst eine Dittschrift an den Kaiser in dieser Richtung betreiben sollen. Das vom Gerichtshof gefällte Urtheil lautete für Pater Heidenreich auf einen Monat strengen Arrest, für den Bruder Slawig auf 15 A. Geldstrafe. Beide wurden zur Tragung der Kosten verurtheilt und gleichzeitig das Verbot der Weiter- verbreitung der Druckschrift ausgesprochen. Beide meldeten die Berufung an.

England. London, 26. Nov. [Im Unterhause] erklärte Disraeli: Die Kosten der Expedition würden sich, wenn dieselbe bis Ende April dauerte — zu welchem Zeit- punkte es die Vorsticht erweise, die Truppen zurückzuführen — auf 3 1/2 Mill. £ belaufen, und weitere 3,800,000 £ wür- den nöthig sein, falls es erforderlich sein würde, die aus In- dien zurückgezogenen Truppen zu ersetzen. Im gegenwärtigen Finanzjahre würden indeß nur 2 Mill. £ zu bezahlen sein. — Mr. Lowe tadelt das übereilte Vorgehen der Regierung, welche gehandelt habe, ohne das Parlament zu befragen. — Lord Stanley sagt, daß weder die Regierung, noch das Par- lament für die Existenz der abhissinischen Frage verantwortlich sei. 1848 wurde zum ersten Male ein Consul dorthin abge- sandt. Die mit diesem Schritte verbundenen Hoffnungen sind nie verwirklicht worden. Der König Theodorus befürchtet, daß er sein Ansehen bei seinen Unterthanen opfern würde, falls er die Gefangenen freigäbe. Der Vicelkönig von Aegypten habe sich erboten, eine Mission an den König abzusenden, welche letzterer indeß nicht angenommen habe. England hat eine Demüthigung erlitten. Wir müssen unser Ansehen im Orient aufrechterhalten. Die Schwierigkeiten, welche die Ex- pedition bietet, werden übertrieben. Der Minister glaubt, daß man auf keinen starken Widerstand stoßen würde. — Mr. Foxman, Myrton und Osborne tadeln die Regierung, daß sie nicht das Parlament früher befragt habe. Mr. Os- borne betrachtet die Expedition als eine der bedauerlichen Re- sultate der Politik Palmerstons. — Mr. Layard vertheidigt das Verhalten des Ministeriums Russell. Mr. Cameron sei zum Consul in Massowah seiner Zeit ernannt worden, weil Frankreich die Absicht hatte, an der Mündung des Rothen Meeres eine Niederlassung zu begründen. — Mr. Gladstone verspricht die Regierung zu unterstützen. (Z. B. f. N.)

London. [Die Marquise von Queensberry], eine alte Dame, die vor einigen Jahren zum Katholicismus über- getreten, hatte den drei nun Hingerichteten vorgelesen einen Brief zu- gehen lassen, worin sie ihnen die Verurtheilung gab, für ihre Hinter- bliebenen zu sorgen und zugleich schon 100 £ für dieselben beistellte.

— [Uebertritte zum Katholicismus.] Das „Weekly Register“ freut sich, wiederum von drei angesehenen Leuten berichten zu können, die zum Katholicismus über- getreten sind. Es sind dies ein Geistlicher der Staatskirche, ein Studiosus der Theologie in Oxford und eine Abtissin eines anglicanischen Klosters.

[Aus der Kohlengrube Ferndale] sind bis heute 160 Leichen hervorgehoben worden.

— [Brockwalle. Fenster.] Aus Belfast meldet ein Te- legramm den Ausbruch von Unruhen, die jedoch mit dem Fensterthum Nichts gemein zu haben scheinen. Es wurden am Sonnabend Abend mehrere Häuserläden gestürmt, so daß die Polizei gegen die Ruhe- störer einschreiten und sie zerstreuen mußte. Es waren also Brock- walle, wie sie auch im Süden Englands vorgekommen sind. Auch wurde in Belfast eine feurige Demonstration bald eine viel stärkere orangefarbene Gegenkundgebung hervorgerufen. In Dublin ist wieder auf Sicherheitsbeamte geschossen worden, auf einen Polizeicommissar und einen Constabler; der Thäter entfloß. In der irischen Graf- schaft Longford wurde am Sonnabend Morgen ein protestantischer Pächter ermordet auf der Landstraße gefunden; man führt die That darauf zurück, daß er sich Abends vorher scharf gegen die verurtheil- ten Fenster ausgesprochen hatte.

Manchester, 26. Nov. Mr. Bright, der Bruder des Parlamentsmitgliedes Mr. John Bright, ist bei der Neuwahl eines Parlamentsmitgliedes mit einer Majorität von 8260 Stimmen gewählt worden. (Z. B. f. N.)

Frankreich. Paris. [Haukmanns] soll in Ungnade gefallen sein; wie es heißt, wolle er sich in Betreff seiner Pläne für Paris nicht zur geringsten Concession verstehen.

— [Französische Bischöfe als Werber.] Die französischen Bischöfe sammeln nicht bloß, sie werden auch für die römische Legion durch Rundschreiben an die Pfarrer. Die „Italie“, das officiöse Blatt der italienischen Regierung, theilt den Italienern das betr. Schreiben des Bischofs von Straßburg wörtlich und vollständig mit; dasselbe beginnt, wie folgt: „Hr. Pfarrer! Der heilige Vater zählt nicht bloß auf Ihre Gebete: in der kritischen Lage, in der er sich befindet, hat er es nöthig erachtet, die römische Legion durch neue Re- kruten zu verstärken, und zu diesem Zwecke ist an alle jungen Leute guten Willens ein Aufruf ergangen. Ich bitte Sie deshalb, zu sehen, ob in Ihrer Pfarre sich nicht der eine oder andere Jüngling findet, welcher sich einer so heiligen Sache widmen wolle. Man nimmt die Engagements von 17—35 Jahren an, und selbst von 40 Jahren für gewisse Militärs. Man kann sich auf 2, 3, 4 und 5 Jahre engagiren. Es ge- nügt, gesund, wohl constituirte, frei oder aus dem Dienst ent- lassen zu sein. Man faßt kein Handgeld. . . . Um einen rechten Begriff von der Stellung des Soldaten der römischen Legion zu erhalten, genügt es, zu wissen, daß derselbe einen vierfachen höheren Sold bezieht, als der französische Soldat. Die Reisekosten von hier (Straßburg) nach Marseille werden bezahlt, wenn sie verlangt werden. Wollen Sie, Hr. Pfarrer, den Gegenstand dieses Schreibens allen jungen Leuten Ihrer Pfarre, die es angeht, mittheilen und mir so bald wie mög- lich das Resultat Ihrer Schritte melden. Genehmigen Sie zc. Andreas, Bischof von Straßburg.“ Die „Italie“ veröffent- licht dieses Actenstück mit Bemerkungen gegen „die französi- schen Fälschwer im Priesterkleide“, die das Blut der armen Bauern laufen und ihnen sagen: „Euer Sold beträgt viermal so viel, als der des französischen Soldaten.“ Ist dies aber wirklich der Fall, muß die Curie, während sie in äußerster Finanznoth ist, das Vierfache des Soldes zahlen, das der kai- serliche Soldat bezieht, so ist dies gewiß eines der schlagend- sten Zeichen der weltlichen und militärischen Macht des Papstthums.

Italien. [Das Insurrectional-Comité] in Rom hat am 17. Nov. wieder einen Aufruf an die Römer erlassen, der in dem „Corriere delle Manche“ erschienen und in sehr starken Ausdrücken abgefaßt ist. Der Schluss lautet:

„Der ist kein Römer, der mit dem . . . Soldaten sympathi- sirt, welcher von Neuem den Boden unseres Vaterlandes beschmutzt und bei Mentana unsere Brüder decimirt hat; der ist kein Römer, welcher Fabrikgegenstände von dem Volke kauft, das die unsterblichen Ruhmesthaten von 1789 unter der schmachvollen Vertreibung der Regierung des Syllabus begraben hat. . . . Warten wir schlag- fertig unsere Zeit ab. Unsere Rechte sind fortan der italienischen Regierung anvertraut. Wenn sie uns verlassen, wenn Europa uns zu Sklaven des Priesterstaates verdammen sollte, dann werden wir unsere Söhne den Eid der Rache schwören lassen und von Neuem zu den Waffen greifen, gewiß, zu siegen oder gerächt zu fallen, mit dem Rufe: „Es lebe Victor Emanuel, König auf dem Capitol! Es lebe Garibaldi!“

Griechenland. Athen, 20. Nov., Abds. In Candia sind die Feindseligkeiten wieder zum Ausbruch gekommen. Das Auswandern von Familien dauert fort und wird durch fremde Schiffe vermittelt; der Dampfer „Union“ macht un- angelegte Fahrten nach Candia. — Der Bau einer Eisen- bahn von Athen nach dem Piräus ist von Engländern in Entreprise genommen. — Die National-Anleihe ist gegen- wärtig bis zur Höhe von 400,000 Frs. gestiegen. (Z. B. f. N.)

Danzig, den 28. November.

* Die zurückgekehrten Mitglieder der Deputation, welche in Angelegenheit der Thoru-Instenburger Eisenbahn nach Berlin gereist war, stellen es in Abrede, daß der König wegen des Baues der Bahn so positive Zusicherungen gegeben, wie ein Telegramm aus Berlin angab. Der König erklärte viel- mehr, daß er erst die Ansichten der Minister hören wolle. Diese Frage, so wie die wegen des Nothstandes überhaupt, wird in dem nächsten Ministerconseil, dem der König selbst präsidiren wird, zur Entscheidung kommen.

* In der am 27. d. M. abgehaltenen Sitzung der Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft wurde auf seinen Antrag Hr. Guil. de Baeremader in die Corpora- tion der Kaufmannschaft aufgenommen. — Für die wieder- zubefehlende Strom-Inspector-Stelle beschloß das Collegium, den jetzigen interimsistischen Strom-Inspector Bach und den Schiffscapitän J. M. E. Dornle dem Hrn. Polizeipräsidenten zu präsentiren. — Vom Rgl. Kreisgerichte zu Marienburg ist ein Verzeihsniß der dort angeschwemmten Hölzer, deren Herausgabe an die Verlierer nicht zweifellos feststeht, über- sandt und in der Börse officiirt worden. — In Betreff der Reorganisation des deutschen Handelstages hat das Collegium beschlossen, sich dafür auszusprechen, daß derselbe, welcher jetzt aus Oesterreich umfaßt, auf den Zollverein be- schränkt werde; ferner, daß das Statut des Handelstages in der Art geändert werde, daß die Abstimmung künftig nach fünf Klassen in Gemäßheit der Höhe der Beiträge vorge- nommen werde und daß, wie auch das Vertheilung der Königsberger Kaufmannschaft beantragt hat, die Einschätzung in die Klassen durch den bleibenden Aus- schuß des Handelstages erfolge; dem letzteren Antrage hat jedoch das Collegium die Einschränkung hinzu- gefügt, daß gegen die Einschätzung des bleibenden Ausschusses der Handelsrat selbst die Berufungsinstanz bilden soll. — In der Schuldhaftefrage votirt das Collegium dahin, daß es die Aufhebung der Schuldhafte für nothwendig hält, daß jedoch dieselbe für Ausländer bestehen bleibe, so lange die im Zustande gegen Ausländer ergangenen Erkenntnisse durch die Gerichte des Auslandes nicht vollstreckt werden, da Pro- zesse bei Gerichten im Auslande gewöhnlich nicht zum Ziele führen, so daß die Vollstreckung der Schuldhafte bei Anwesen-

heit des Ausländers im Inlande das einzige Zwangsmittel bleibt und mit Rücksicht auf diese Eventualität die Ausländer darauf bedacht sein werden, ihren Verpflichtungen nachzukom- men. Das Collegium hält es für erforderlich, daß die Auf- hebung der Schuldhafte in allen zum Zollverein gehörigen Ländern erstrebt und in denselben auch für alle Zollvereins- Angehörige ausgesprochen werde. In diesem Sinne wird das Collegium an den Norddeutschen Reichstag eine Petition rich- ten, wenn in demselben diese Frage zur Verhandlung kommen wird. — Dehufe Ablösung der verschiedenen Cemerken zu- stehenden Vertheilung zum Markthalten im Artus- hofe während des Weihnachtsmarktes hat das Collegium be- schlossen, 250 A. aus der Corporationskasse herzugeben, nach- dem die Communalbehörde die gleiche Summe zu diesem Zwecke bewilligt habe und die betr. Gewerke sich bereit erklärt haben, gegen Zahlung von 500 A. dieser Vertheilung zu entsagen. Die nachträgliche Genehmigung Seitens der Cor- poration wird in der im Laufe des December abzuhaltenden Ge- neralversammlung beantragt werden. — Die zur Vertheilung von Abänderungen der in den Allgemeinen Bedingungen für den Getreidehandel über Lieferungsverträge enthaltenen Bestimmungen eingesetzte Commission wird die Revision wie- der aufnehmen, damit vom Collegium in der genannten Ge- neralversammlung entsprechende Anträge gestellt werden können.

* [Ein bekannter Observat.] hatte sich gestern in einem Kleiderladen im Poggenpuhl bereits 2 Schinken angeeignet und war auch im Begriff, die Ladenkasse zu leeren, als er dabei ertappt und der Polizeibehörde übergeben wurde.

— Der Gerichts-Assessor Klebs, seit Jahren beim Berliner Criminalgericht als Untersuchungsrichter beschäftigt, ist als Kreis- richter in Neustadt B. Pr. angestellt worden.

* Dampfer „Solberg.“ Aus Solberg berichtet die „Ztg. f. Pomm.“ unter dem 24. d. M.: Der Dampfer „Solberg“, der schon beim letzten Sturm hier Nothhafen nahm, ist, mit einer Ladung Colonialwaaren auf der Fahrt nach Danzig begriffen, aus gleichem Grunde gestern hier wiederum eingelaufen. Das Schiff hat dies- mal furchtbar von dem Sturme zu leiden gehabt. Es war schon auf der Höhe von Zerkow, als es, durch den Sturm in die Nähe des Strandes getrieben, sich genöthigt sah, um zu leichtern und vom Strande abzubringen, Alles über Bord zu werfen, was entbehrlich oder weniger werthvoll schien. Es mußte, da die Steinkohlen durch die über Bord stürzenden Wellen ganz durchnäßt waren und nicht brennen wollten, Salz, den es zum Glück als Ladung an Bord hatte, zur Feuerung verwenden, und nur diesem Umstande hat es wohl sein Entkommen vom Lande und damit seine Rettung zu verdanken. Aber nicht nur die Deckladung hat gelitten und ist von den Wellen über Bord gespült, auch die im Raum des Schiffes befindliche, zum Theil aus werthvollen Kässern mit Rum bestehende Ladung ist dadurch ver- nichtet, daß die Kässer durch die starke Bewegung des Schiffes zer- schlugen und der Inhalt auslief. Das Schiff mit seinen zertrümmerten Segeln und zer Schlagenen Kässern gewährt auf Deck einen wüsten Anblick.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.
Berlin, 28. Novbr. Aufgegeben 2 Uhr 25 Min.

Regulirungspreis	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
Koggen matt	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
Erbsen	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
Spiritus	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
Wachse	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
Gold	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
Silber	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
Wachse	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
Wachse	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
Wachse	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2

* Leitb, 27. Novbr. (Cochrane, Paterson & Co.) Wochen-Zu- port in Tons: 3844 Weizen, 1862 Gerste, 62 Vohnen, 127 Erbsen, 5209 Sade Mehl. — Einheimischer und fremder Weizen träge Verkauf, schöner neuer völli 1s billiger, dänischer 74 7/8, pomer- scher 76 7/8, ungarischer 70s, alter still, Stettiner 82s, Rostocker 84 7/8, Gerste träge, 1s 6d billiger, Mehl 1s niedriger.

Danziger Börse.

Antliche Notirungen am 28. Novbr. 1867

Weizen Nr 5100 H. R. 675—800.

Koggen Nr 4910 H. 115 1/2 R. 525, 125 1/2 R. 558.

Erbsen Nr 5400 H. weiße R. 450—483.

Spiritus Nr 8000% Tr. 22 R.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

Danzig, den 28. November. Bahnpreise.

Weizen bunt, hellbunt, hochbunt und feingelagte 113/15 bis

116/17, 118—121/22/24—125/26/27—129/30/32 1/2 von

92 1/2/95/97 1/2/100/105/107 1/2/110—115/117/120—122 1/2

bis 125/127—130/132 1/2/135/137 1/2 H. Nr 85 H.

Koggen 117—119—121/2 1/2 von 87/8—88 1/2/90—91 1/2

H. Nr 81 1/2 H.

Gerste, kleine 103/105—108/110 H. von 63/65—67/68 H.

Nr 72 H., do. große 106/108—110/112 H. von 64/65—

66/68 1/2 H. Nr 72 H.

Erbsen 75/80—82/83 H. Nr 90 H.

Spiritus 22 R. Nr 8000% Tr.

Getreide-Börse. Wetter: schön mit leichtem Frost.

Wind: SW. Zufahren von Weizen schwach, Kaufkraft in

Folge dessen und zur Completierung der Dampfer etwas

williger, Preise unverändert. Umsatz 60 Lasten. Bezahlt

für bunt 116 1/2 R. 660, 117/8 R. 675, 118 1/2 R. 695,

119 1/2, 121/2 R. 700, 715, 123 1/2 R. 730, 127/8 R.

R. 750; hellbunt 125 1/2 R. 765, 127/8 R. 770, 127 1/2 R. 775;

hochbunt 128 1/2 R. 795; fein hochbunt R. 810 Nr 5100 H.

— Krügen eher billiger. 117 1/2 R. 525, 118/9 R. 530,

119/20 R. 540, 120 1/2 R. 546, 121, 122 1/2 R. 549, 125 1/2

R. 558 Nr 4910 H. Umsatz 50 Lasten. — B. Erbsen R.

450, R. 480, R. 482 1/2, R. 483 Nr 5400 H. nach Qualität.

— Spiritus 22 R.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, 27. November. Wind: West.

Angelommen: Munro, Kate, Helmsdale, Herlinge.

Retournirt: Lubent, Dithello.

Den 28. November. Wind: West.

Angelommen: Schwerdtfeger, Auguste Jeanette, Kopenhä- gen, Ballast.

Gefegelt: Koehe, Emille (SD.), Rotterdam, Getreide.

Nichts in Sicht.

Verantwortlicher Redacteur: H. Kiderit in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

28 8 337,03 + 0,1 SW. flau, hell und wolkg.

12 336,72 + 2,0 SW. lebhaft, do., do.

Zur Unterstützung der Hinterbliebenen des Hiesiger Cide und

des Dierstebend sind ferner eingegangen: Unbekannt aus Gultm 2

R. G. Schenke 3 R. E. Goldschmidt 10 R. Dr. Brämion 5

R. G. Stelmig 5 R. Dr. Scheller 3 R. E. Biber 3 R.

Reg.-Rath Delrich 1 R. R. D. 5 R. H. Z. Z. aus Marien-

werder 15 R. Runt. Darmer 1 R. Vorstand des Männer-Turn-

vereins zu Dierstebend, H. Stobbe, 20 R.

Der Vorstand des Vereins zur Rettung Schiffbrüchiger.

Bilchhoff.

Das sehr frequente neue Grundstück Vorst. Graben No. 62, Hypo-

theken-No. 47, Werth über 14,000 R., welches sich gut rentirt,

wird morgen den 29. d. an ordentlicher Gerichtsstelle verkauft.

Reflektanten werden zum Termin eingeladen. [10224]

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu No. 4566 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, den 28. November 1867.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 27. Nov., Abends. Effecten-Societät. Sehr lebhaft. National-Anleihe 54½, Credit-Aktien 180, 1860er Rente 70½, 1864er Rente 77, Engl.-öftr. Anleihe 60½, Steuerfreie Anleihe 48½, Staatsbahn 240½, Amerikaner 75½.

Frankfurt a. M., 27. Novbr., Nachmitt. 12½ Uhr. Sehr lebhaft, ziemlich fest. Amerikaner 75½, Credit-Aktien 178½, Steuerfreie Anleihe 48½, 1860er Rente 70, 1864er Rente 60½, 1864er Rente 76½, National-Anleihe 54, Staatsbahn 238, Bayerische Prämien-Anleihe 98, Badische Prämien-Anleihe 94½.

Hamburg, 27. Nov. Getreidemarkt. Locogetreibte sehr still, spätere Weizen-Termine flau. Weizen für Novbr. 5400 Pfund 174 Bancothaler Br., 173 Gd., für Novbr.-Decbr. 169½ Br., 169 Gd., Roggen für Novbr. 5000 Pfund 137 Br., 136½ Gd., für Novbr.-Decbr. 136 Br., 135 Gd. Hafer unbeachtet. Rüböl weichend, loco 23, für Mai 23½. Spiritus zu 29½ angeboten, ohne Kauflust. Raffee unverändert. Zink niedriger, verkauft 2000 Ck., loco a 13 Mk., 13½ Sch.

Wien, 27. Nov. Abendbörse. Schluss sehr beliebt. Credit-Aktien 183, 80, Nordbahn 170, 00, 1860er Rente 83, 60, 1864er Rente 78, 20, Böhmische Westbahn 149, 00, Staatsbahn 244, 00, Galizier 206, 00, Napoleonsd'or 9, 68.

Amsterdam, 27. Novbr. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen ziemlich unverändert. Roggen für März 309½, für Mai 309½. Rüböl für Novbr.-Decbr. 35½, für Mai 38.

London, 27. Nov. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Zufuhren seit vergangenem Montag: Weizen 11,260, Gerste 4780. Hafer 15,120 Quarters. Der Markt war nur sehr schwach besucht. Weizen unverändert. Gerste sehr ruhig und still. Hafer ruhig. — Weiter schon.

London, 27. Nov. Consols 93½. 1% Spanier 34½. Italienische 5% Rente 46½/10. Lombarden 13½. Mexikaner 16. 5% Russen de 1822 85½. 5% Russen de 1862 84½. Silber 60½. Türkische Anleihe de 1865 33½. 6% Verein.-St. für 1882 70½.

London, 27. Nov. Kaltes Wetter. — Der Dampfer „City of New-York“ ist aus New-York in Queenstown eingetroffen. — Aus New-York vom 26. d. Mts. Abends wird für atlantisches Kabel gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109, Goldagio 39½, Bonds 108, Illinois 131, Eriebahn 73½, Baumwolle 17½, raffiniertes Petroleum in Philadelphia, Type weiß, 25.

Liverpool, 27. Nov. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 10,000 Ballen Umlauf. Verkäufe schwimmender Amerikanischer drückten. New-Orleans 8, Georgia 7½, fair Dhollerah 6½, middling fair Dhollerah 6, good middling Dhollerah 5½, Bengel 4½, good fair Bengel 5½, New fair Demra 6½, good fair Demra 6½, Pernam 8½, Smyrna 6½.

Paris, 27. Nov. Rüböl für Nov. 93, 00, für Novbr.-Decbr. 93, 00, für Jan.-April 93, 50. Mehl für Novbr. 91, 75, für Nov.-Decbr. 90, 75. Spiritus für Novbr. 62, 50.

Paris, 27. Novbr. (Schlusscourse.) 3% Rente 68, 95 — Italienische 5% Rente 46, 80. 3% Spanier —. 1% Spanier —. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien 513, 75. Credit-Mobilier-Aktien 175, 00. Lombardische Eisenbahn-Aktien 348, 75. Oesterreichische Anleihe de 1865 342, 50 p. cpt. 6% Verein.-St. für 1882 (ungefestigt) —. — Fest und belebt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93½ gemeldet.

Antwerpen, 27. Nov. Petroleum-Markt. (Schlussbericht.) Ruhig. Raffin. Type weiß, loco 44½ a 45 bez., 45½ Br., für Novbr. 45 Br., für Decbr. 44½ bez., für Jan. 46.

Producten-Märkte.

Königsberg, 27. Nov. (R. S. B.) Weizen loco hochbunter für 85½ 115/135 für Br.; bunter 100 bis 125 für Br., rother für 85½ 100 bis 125 für Br. — Roggen loco für 80½ 80 bis 92 für Br., für 115½ 87½ für Br., für 105 bis 106½. 82 für Br. bez., für Novbr. 91 für Br., 90 für Br., für Frühjahr 93 für Br., 91½ für Br. Gd., 92½ für Br. bez., für Mai-Juni 93½ für Br., 92 für Br. Gd. — Gerste, große für 70½ 58/68 für Br., für 105½ 63 für Br. bez.; kleine 55/68 für Br., für 105½ 62 für Br. bez. — Hafer für 50½ 25/43 für Br., 33/41 für Br. bez., für Frühjahr 43 für Br., 42 für Br. Gd. — Erbsen, weiße für 90½ 70/88 für Br., 82 bis 85 für Br. bez. — Leinsaat fein für 70½ 85 bis 100 für Br., für 107½ 77 für Br. bez., mittel 65 bis 85 für Br., für 107½ 69 für Br., für 104½ 73/74 für Br. bez.; ordinäre für 70½ 50/65 für Br. — Rübisaat für 72½ 80/95 für Br. — Kleesaat, rothe 16/19 für Br. — Thymotheum 5/9 für Br. — Weizen ohne Faß 13% für Br. — Rüböl ohne Faß 10% für Br. — Rüböl 73/74 für Br. — Spiritus loco ohne Faß 22% für Br., 21½ für Br. Gd., für Novbr. ohne Faß 22% für Br., für Frühjahr ohne Faß 22% für Br.

Stettin, 27. Nov. Weizen für 2125 Gd. gelber Pomm. und Märktischer 96—100 für Br., feiner 100—102 für Br., Ungarischer 90 bis 94½ für Br., Märktischer 95—96 für Br., do. blaupigiger 90½ für Br., bunter Polnischer 95—98 für Br., 83/85 für Br. gelber für Novbr. 97½—98½ für Br. bez., 97 für Br., 96½ für Br. Gd., Frühjahr 98 für Br., 97½ für Br. Gd. — Roggen für 2000½ loco 75—76½ für Br., Nov. 76, 76½, ½ für Br. bez., Frühl. 74 bis 73½ für Br. bez., Mai-Juni 74½ für Br. — Gerste für 1750½ loco Decbr. 52½—53 für Br., Märktische 55—55½ für Br., Ungarische vom Boden 54½ für Br. bez. — Hafer für 1300½ loco 34 bis 35 für Br., 47/50 für Br. 35½ für Br. Gd., Frühjahr 35½ für Br. Gd. — Rüböl loco 10% für Br., Novbr. 10½ für Br. bez., April-Mai 10% für Br. bez. und Gd., 10% für Br. — Spiritus loco ohne Faß 20% für Br. bez., Novbr. 20% für Br., ½ für Br. bez., Frühl. 21½, ½ für Br. bez., Mai-Juni 21½ für Br. bez. — Regulirungspreise: Weizen 97 für Br., Roggen 76½ für Br., Rüböl 10½ für Br., Spiritus 20% für Br. — Petroleum loco 61½/24, ½ für Br. bez. — Leinsamen, Rigauer 11% für Br. bez.

Berlin, 27. Novbr. Weizen loco für 2100½ 89—106 für Br. nach Dual., für 2000½ für Br. November 87% für Br. bz., für April-Mai 91½—91 für Br. bz. — Roggen loco für 2000½ 75½—76½ für Br. bez. für Novbr. 76½—77 für Br. bez. u. G., ½ B. — Gerste loco für 1750½ 49—57 für Br. nach Dual. — Hafer für 1200½ loco 31—33 für Br. nach Dual., 31½—32 für Br. bez. — Erbsen für 2250½ Rohwaare 68—76 für Br. nach Qualität, Futterwaare do., Mittel- 70—71 für Br. bez. — Raps für 1800½ 79—84 für Br. — Rüböl, Winter- 78—83 für Br. — Rüböl loco für 100½ ohne Faß 10% für Br. bz. — Leinsaat loco 13% für Br. — Spiritus für 8000% loco ohne Faß 20½/24, ½ für Br. bz. — Mehl. Weizenmehl

Mr. O. 6½—6¼ für Br., Mr. O. u. 1. 6¼—6 für Br., Roggenmehl Mr. O. 5½—5¼ für Br., Mr. O. u. 1. 5½—4¾ für Br. bz. für Br. unversteuert.

Breslau, 27. Nov. In Kleesaaten war in beiden Farben bei festen Preisen schwacher Handel, rothe 13½—15—15½ für Br., weiße 14—20—21 für Br. — Thymothee still, 8—10 für Br.

* London, 25. Novbr. (Kingsford u. Lay.) Die Zufuhren von fremdem Weizen betrugen in vergangener Woche 35,420 Dr., davon kamen 2490 von Danzig. Von fremdem Mehl erhielten wir 4767 Säcke und von fremdem Hafer 110,718 Dr. Das Wetter seit Freitag war trocken aber trübe und kalt. — Die Zufuhr von Weizen von Esz und Kent zum heutigen Markte war gut, ein Theil davon wurde für Yorkshire zu ungefähr den Preisen vom vorigen Montag genommen, der Rest aber blieb unverkauft. Der Besuch war mäßig und nur ein Detail-Geschäft fand in fremdem Weizen zu unseren letzten Notirungen statt. Gerste, Bohren und Hafer waren fest, und Preise blieben wie zuletzt notirt. Der Haferhandel war ruhig und neue geringere Qualitäten waren 6d a 1s für Dr. niedriger erlassen. Der Werth von Mehl war unverändert.

Weizen, englischer alter 64—74, neuer 66—84, Danziger, Königsberger, Elbinger für 496½ alter 75—80, neuer 74—80, do. extra alter 80—85, neuer 80—84, Mostocker und Wolgaster alter 75—82, Pommerscher Schwedischer und Dänischer alter 74—80, neuer 74—78, Petersburger und Archangel alter 62—68, Saronka, Marianopol und Verdiansk alter 66—70, Polnischer Odessa alter 66—70.

Gemüse-Bericht.

Berlin, 25. Novbr. (B. u. S. B.) Kartoffeln, gute für Schfl. 25 für Br., runde weiße 20—22½ für Br., rothe 20—22½ für Br., Zucker- 25 für Br., 15 für Br., Kohlrüben für Mandel 7½—10 für Br., Kohlrabi für Mandel 2 für Br., Mohrrüben für Schfl. 20 für Br., rothe Rüben für Korb 5 für Br., weiße (Zeltower) Rüben für Korb 5—8 für Br., Weizstohl für Schod 3 für Br., Braunkohl für Schod 3 für Br., Wirsstohl für Schod 1 für Br. 10—20 für Br., Grünkohl für Korb 3 für Br., Spinat für Korb 4 für Br., Salat für 12 Köpfe 7½ für Br., Sellerie für Mandel 20—25 für Br., Spargel für Schod 3 für Br., Blumenkohl für Mandel 1 für Br. 15 für Br., Porro für Mandel 2½ für Br., Petersilienwurzeln für Korb 5 für Br.

Familien-Nachrichten.

Geburten. Ein Sohn: Hr. Lehrer P. Behrendt (Königsberg); Hr. Gustav Brande (Eßen); Hr. Pfarrer Willamowski (Ribben); Hr. Carl Plag (Barten). — Eine Tochter: Hr. Dr. H. Vogelgesang, Hr. Güter-Expediten A. Ward (Königsberg); Hr. Fleischermeister A. Reinhard (Crenzburg); Hr. G. Knobbe (Eysenhen).

Todesfälle: Hr. Antonie Magnus geb. Magnus, Hr. Kunstgärtner Carl Wilhelm Hoffmann, Hr. Amalie Reich geb. Ramsheim (Königsberg); Hr. Prediger Wilh. Theod. Eldner (Memel).

Verantwortlicher Redacteur: S. Riekert in Danzig.

Berliner Fonds-Börse vom 27. November.

Eisenbahn-Aktien.

Dividende pro 1866.			
	47/50	3f.	3f.
Aachen-Niessdorf	—	4	29½ b3
Aachen-Masticht	—	4	101½ b3
Amsterdam-Rotterd.	8	4	141 b3
Bergisch-Märk. A.	4	4	221½ b3
Berlin-Anhalt	13½	4	160 b3
Berlin-Hamburg	9	4	222½ b3
Berlin-Potsd.-Magdbrg.	16	4	136½ b3
Berlin-Stettin	8½	4	61-62½ b3
Böhm. Westbahn.	5	5	125½ b3
Bresl.-Schw.-Freib.	9½	4	92 b3
Brleg.-Reihe	5½	4	141½-2½-2 b3
Elb.-Mind.	9½	4	74½ b3
Esel.-Oberbahn (Wilsb.)	2½	4	85½ b3
do. Stamm-Pr.	4½	4	90½ b3
do. do.	5	5	151 b3
Indwigh.-Verb.	10½	4	186½ b3
Magdeburg-Halberstadt	14	4	258 b3
Magdeburg-Leipzig	20	4	126½ b3
Mein.-Indwighshafen	7½	4	12½ b3 u b3
Mein.-Indwighshafen	3	4	88½ b3
Niedersch.-Märk.	4	4	77½ b3
Niedersch.-Zweigbahn	5	4	—

Dividende pro 1866.			
	47/50	3f.	3f.
Nordb., Friedr.-Wilhm.	4½	4	96½ b3
Oberchl. Litt. A. u. C.	12	3½	199½-½ b3
Litt. B.	12	3½	180 b3
Deff.-Frz.-Staatsb.	7	5	136½-½ b3
Oppeln-Larnowitz	5	5	72½-73½ b3
Rheinische	6½	4	118½-19½ b3
do. St.-Prior.	6½	4	—
Rhein-Nahabahn	0	4	27½ b3
Russ. Eisenbahn	5	5	77½ b3
Stargard-Posen	4½	4½	93½ b3
Südböhm. Bahnen	7½	5	93½-½ b3
Thüringer	7½	4	129½ b3

Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1866.			
	47/50	3f.	3f.
Preuß. Bank-Antheile	13½	4½	153 b3
Berlin. Kassen-Verein	12	4	162 b3
Pom. R. Privatbank	5½	4	92 b3
Danzig	8	4	111½ b3
Königsberg	7½	4	112 b3
Posen	7½	4	100½ b3
Magdeburg	5	4	88 b3
Disc.-Comm.-Antheil	8	4	108 b3
Berliner Handels-Gesell.	8	4	108½ b3
Deisterich. Credit.	5	5	76½ b3

Preussische Fonds.

Freiwil. Anl.	4½	97½ b3
Staatsanl. 1859	5	103½ b3
Staatsanl. 50/52	4	90½ b3
do. 54, 55, 57	4½	97½ b3
do. 1859	4½	97½ b3
do. 1856	4½	97½ b3
do. 1853	4	90½ b3
do. 1867	4½	97½ b3
Staats-Schulds.	3½	83½ b3
Staats-Pr.-Anl.	3½	116½ b3
Rur. u. R. Schl.	3½	79½ b3
Berl. Stadt-Obl.	5	102 b3
do. do.	4½	97 b3
Rur. u. R. Pfdb.	3½	76½ b3
do. neue	4	87½ b3
Ostpreuß. Pfdb.	3½	78 b3
do.	4	84 b3
Pommersche	3½	76½ b3
do.	4	86½ b3
Possensche	4	—
do. neue	3½	—
do. do.	4	85½ b3
Schleffische	3½	88½ b3
Westpreuß. Pfdb.	3½	77 b3
do. neue	4	82½ b3
do. neueste	4	—
do. do.	4½	90½ b3

Rur. u. R. Rentenbr.	4	91 b3
Pomm. Rentenbr.	4	91 b3
Possensche	4	89½ b3
Preussische	4	90½ b3
Schleffische	4	91½ b3

Ausländische Fonds.

Defferr. Metall.	5	48½ b3
do. Nat.-Anl.	5	55½ b3
do. 1854r Loose	4	63 et b3
do. Creditloose	—	72 b3
do. 1860r Loose	4	70½ b3
do. 1864r Loose	—	43½ b3
Inse. b. Stg. 5 Anl.	5	60 b3
do. do. 6 Anl.	5	75½ b3
Russ.-engl. Anl.	5	85 b3
do. do.	3	51½ b3
do. do. 1864	5	87 b3
do. do. 1862	5	85½ b3 u b3
do. do. 1864 holl.	5	84½ b3
Russ.-Poln. Sch.-D.	4	62½ b3
Cert. L. A. 300 fl.	5	90½ b3
Pfdb. n. i. S.-R.	4	57 et b3
Part.-Obl. 500 fl.	4	93½ b3
Amerikaner	6	76½-76 b3 u b3
Hamb. St. Pr.-A.	—	—
R. Badens. 35 fl.	—	29½ b3
Schw. 10 Tplr.-L.	—	10½ b3

Wechsel-Cours vom 26. Novbr.

Amsterdam kurz	3½	143 b3
do 2 Mon.	3	142½ b3
Hamburg kurz	2½	151½ b3
do. 2 Mon.	3	150½ b3
London 3 Mon.	2	6 24 b3
Paris 2 Mon.	2½	81½ b3
Wien Defferr. W. 8 T.	4	83½ b3
do. do. 2 M.	4	83½ b3
Augsburg 2 M.	4	56 24 b3
Leipzig 8 Tage	4	99½ b3
do. 2 Mon.	4	99½ b3
Frankfurt a. M. 2 M.	3	56 26 b3
Petersburg 3 Woch.	7	92½ b3
do. 3 M.	7	91 b3
Warschau 8 Tage	6	84 b3
Bremen 8 Tage	4½	111½ b3

Gold- und Papiergeld.

Fr. B. m. R. 99½ b3	Kapol. 5 13½ b3
ohne R. 99½ b3	Edelr. 112½ b3
Deff. östr. W. 84½ b3	Sovrgld. 6 24½ b3
Poln. Rtn. —	Goldfrn. 9 9½ b3
Russ. do. 84½ b3	Golb. 7 469½ b3
Dollars 1 12½ b3	Silber 29 25 b3

Auction

über

Schiffs-Inventariums-Gegenstände.

Freitag, 29. November 1867,

Vormittags 10 Uhr,

werden die Unterzeichneten im Auftrage des Capitain C. Riber und im Beisein des Königl. Großbritannischen Consuls auf dem Hofe der Kgl. Holl.-Expedition des Bahnhofes zu Neufahrwasser, die von dem auf der Ostmoole gestrandeten englischen Briggsschiffe „Jane und Ann“ geborgenen Inventariumsstücke in öffentlicher Auction gegen gleich baare Bezahlung an den Meistbietenden verkaufen.

Das Inventarium besteht u. A. in 3 Antern, 2 Wopanter, Unter-Festmacher- und dünnen Ketten, eisern. Gangspil, diversen Segeln (darunter einige fast neu), Troffen, stehendem und laufendem Tauwerk etc. etc.

Die näheren Bedingungen wegen der Verzollung werden bei der Auction bekannt gemacht.
F. Domcke, A. Wagner,
(10091) vereidigte Schiffsmäler.

Beste Ramin- und Rußkohlen offerirt

E. A. Lindenberg,

(8543) Jopengasse No. 66.

Eine kupferne Wiegeschale wird gekauft Jungferngasse No. 17, 1 Treppe. (10189)

Portchaisengasse No. 3.

Um für mein Papier-, Schreibmaterialien- und Gesangbuch-Lager mehr Räumlichkeiten zu gewinnen, bin ich genöthigt, mein großes Galanterie- und Lederwaaren-Lager

von Montag, den 25. d. M. ab zu gänzlich herabgesetzten Preisen bis zum 15. December cr. auszuverkaufen.

Das Lager ist aufs Elegante und Schönste assortirt, die Preise bis zur Hälfte heruntergesetzt und bietet daher besonders zum herannahenden

Weihnachts-Feste Gelegenheit zum billigen Einkauf.

Sämmtliche zur Stiderei eingerichteten Artikel werden unterm Restenpreise ausverkauft; sehr hübsche Stidereien sind vorrätzig und die Garnitur wird billigt berechnet. (9936)

Danzig, den 22. November 1867.
Papier-Handlung und Buchbinderei von
J. L. Preuss, Portchaisengasse No. 3.

Die besten Pariser Operngläser sind in großer Auswahl vorrätzig bei
Gust. Grotthaus & Co.,
Mechaniker und Optiker,
Portchaisengasse No. 7/8.

(10106)

Bock-Auction

zu Hohendorf, ½ Meile von Stuhm, 2 Meilen vom Bahnhof Marienburg, von sprungfähigen Vollblut-Rambouillet-Böcken am

Montag, den 2. December 1867,

Mittags 12 Uhr.

Verzeichnisse, aus denen Näheres ersehen werden kann, werden auf Verlangen zugesandt.
(9232) Das Dominium.

Zur Stiderei eingerichtete Gegenstände

in (10132)

Leder, Wappe, Holz, Alabaster und Marmor

erhielt eine große Auswahl und empfehle dieselben zu billigsten Preisen.

B. J. Gabel,

Langgasse No. 43, vis-à-vis dem Rathhause.

Petroleum, allerfeinste Qualität, bei (7695)

Carl Schnarcke,

Brodänkengasse No. 47.

Große gelesene Valencia-Mandeln und feinsten Buderzucker zu Marzipan empfiehlt billigt

(10113)

Julius Tetzlaff,

Grundgasse No. 98.

Petroleum-Lampen u. Laternen,

so wie einzelne Brenner, Lampenglöden, Cylinder und Dochte empfehle in großer Auswahl zu billigen festen Preisen.

Die Umänderung jeder Art Lampen wird in ganz kurzer Zeit besorgt, da die dazu nöthigen einzelnen Theile stets vorrätzig sind. (10093)

S. Ed. Art, Langgasse No. 58.

Für einen (10118)
Apotheker-Lehrling

wird eine sehr zu empfehlende Stelle nachgewiesen durch Wenzel & Mühle.

Druck und Verlag von A. W. Kayemann in Danzig.